

Unser RU-Mitglied Reinhard Lutz schreibt:

Sehr geehrter Herr Krag,

als langjähriger Wohnmobilfahrer und Mitglied der RU seit mehreren Jahren lese ich in meiner heutigen Tageszeitung, Generalanzeiger vom 29.10.2020 S. 9, dass von Herrn Scheuer bzw. seinem Ministerium im Zuge der EU-Ratspräsidentschaft eine Neufassung der Eurovignetten-Richtlinie angestoßen werden soll, mit der Mindereinnahmen bei der Maut durch beabsichtigte Freistellungen von LKWs mit alternativen Antrieben (Wasserstoff, Gas, synthetische Kraftstoffen) durch die künftige Einbeziehung von allen Fahrzeugen über 3,5 to in die Maut ausgeglichen werden sollen.

Wenn dies eine wirklich absehbare Planung sein sollte, so würde dies natürlich zu einem guten Anteil auch Wohn/Reisemobile betreffen, die ja vielfach und, wie ich meine, immer mehr -wenn auch manchmal nur knapp- die 3,5 to Grenze überschreiten. Ist der RU diese Planung bekannt? Und wenn ja, wie wird oder beabsichtigt die RU mit dieser, die Reisemobilwelt vom Verkauf, also von den Herstellern bis hin zu den einzelnen Reisenden, vermutlich erheblich belastenden Entwicklung und Politik umzugehen? Ich meine auch, dass für den Fall, dass die Information wirklich den Tatsachen entspricht, diese Nachricht als Politikum in der einschlägigen Presse und natürlich auch in der ‚MOBILSCENE‘ publik gemacht werden sollte.

Eine Kopie des Artikels aus dem GA füge ich Ihnen hier bei.

Falls Sie Zeit für eine Antwort finden, würde mich das sehr freuen.

Mit besten Grüßen

Reinhard Lutz